

Medienspiegel Woche 45 / 2015

	Seite
Pressedienst Generalsekretariat EDK, 2.11.2015 Harmonisierung der obligatorischen Schule: EDK wird in ihrer positiven Bilanz bestätigt	1
Tagblatt, 3. November 2015 Schlicht falsche Fakten Lehrplan stoppen – aus HarmoS austreten Kein Vorteil für unsere Kinder	2
Südostschweiz, 03.11.2015 Die schleichende Ökonomisierung unserer Volksschule	5
Schule Schweiz, 1. November 2015 Individualisiertes Lernen und Konstruktivismus - das Duo infernale des Desasters	6
Solothurner Zeitung, 6. November 2015 Streitpunkt: Der Lehrplan 21	7
Der Bund, 6. November 2015 Angriffe statt Argumente	9
Tagblatt, 7. November 2015 Kompetenzen erweitern	11
Zeit-Fragen, 27. Oktober 2015 Hauptsache, die Mainstream-Gesinnung stimmt	12

Weitere interessante Links:

Ja zu einer guten Thurgauer Volksschule ohne Lehrplan 21

[Einreichung der Unterschriften am 3.11.2015: Aktuelle Medienberichte](#)

[Widerstand gegen den Lehrplan 21, Stand November 2015](#)

- In 11 Kantonen wurden bereits Initiativen eingereicht oder es werden Unterschriften gesammelt.
- In 2 Kantonen laufen Vorbereitungen zum Start einer Initiative. *Übersicht: Schweizerkarte und Argumente*

[Selbstorganisiertes Lernen in der Kritik](#)

[Die Oberstufe von Niederhasli praktiziert das Unterrichtsmodell des "Selbstorganisierten Lernens" \(SOL\).](#)

Die Schüler legen selbst fest, wann sie was und wie lernen...

SRF Schweiz Aktuell, 6.11.15 [Unmut wegen Unterrichtsmodell](#)

Pressedienst Generalsekretariat EDK, 2.11.2015

Medienmitteilung

Harmonisierung der obligatorischen Schule: EDK wird in ihrer positiven Bilanz bestätigt

Bern, 2. November 2015. Im Rahmen ihrer Jahresversammlung im Kanton Thurgau vom 29. und 30. Oktober 2015 haben die kantonalen Erziehungsdirektorinnen und Erziehungsdirektoren erfreut von den Reaktionen des Bundes auf die EDK-Bilanz über die Harmonisierung der obligatorischen Schule Kenntnis genommen. In diesen wird die Beurteilung der EDK, die im Juni 2015 eine positive Bilanz gezogen hatte, bestätigt. Die Einschätzung des Bundes ist von besonderem Belang, da er bei der Harmonisierung von Eckwerten des Schulwesens eine subsidiäre Regelungskompetenz hat.

In ihrem Bilanzbericht vom Juni 2015 hatte die EDK erstmals für den Bereich der obligatorischen Schule bilanziert, wo die Kantone bei der Harmonisierung der Eckwerte gemäss Artikel 62 Absatz 4 der Bundesverfassung stehen ([Medienmitteilung 1.7.2015](#)). Die EDK kam damals zum Schluss, dass der Verfassungsauftrag bereits gut umgesetzt sei und die Kantone die Harmonisierung weiterführen. Einzig im Sprachenbereich seien Abweichungen nicht auszuschliessen. Eine Bundesintervention wurde aber nicht als notwendig erachtet. Mit Verabschiedung des Berichts hat die Plenarversammlung die Kantone eingeladen, die Harmonisierung der obligatorischen Schule weiter zu beachten und sich, wo noch erforderlich, ihr anzuschliessen. Eine nächste Bilanz wurde für 2019 in Aussicht gestellt. Der Bericht wurde im Juni auch den zuständigen Bundesbehörden zur Kenntnis gebracht.

Wenn die Kantone auf dem Koordinationsweg keine harmonisierte Lösungen bei den von der Bundesverfassung bezeichneten Eckwerten finden (Schuleintrittsalter und Schulpflicht, Dauer und Ziele der Bildungsstufen, Übergänge zwischen den Bildungsstufen), kann der Bund dies gemäss Bundesverfassung (Artikel 62 Absatz 4) regeln. Entsprechend sind die Reaktionen der zuständigen Bundesorgane auf den Bilanzbericht der EDK von besonderem Belang.

In seiner Antwort an die EDK zum Bilanzbericht geht der Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) mit der Plenarversammlung der EDK darin einig, dass auf dem Weg der Harmonisierung innerhalb weniger Jahre bereits viel erreicht worden sei und dass dieser Weg fortgesetzt werden solle. Ein besonderes Augenmerk legt der Bundesrat auf den Bereich des Fremdsprachenunterrichts, in dem der hohen Bedeutung der Landessprachen weiterhin Rechnung zu tragen sei. Die ständerätliche WBK (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur) hat sich in ihrer Medienmitteilung vom 2. September 2015 mit der Bilanz sehr zufrieden gezeigt.

Nachdem das Konkordatsrecht im Bildungsbereich – auch bedingt durch die neuen Bildungsartikel in der Bundesverfassung – in den vergangenen zehn Jahren einen Ausbau erfahren hat, stellt die EDK ihre Arbeit für die Jahre 2015-2019 unter das Leitmotiv der Konsolidierung. In den kommenden Jahren will sie in erster Linie die bestehenden Konkordate sorgfältig umsetzen. Die EDK vollzieht heute 12 Konkordate, das sind interkantonale Vereinbarungen gemäss Artikel 48 der Bundesverfassung.

Über weitere Geschäfte und Beschlüsse der EDK-Jahresversammlung vom 29. und 30. Oktober 2015 im Kanton Thurgau wird im [EDK-Newsletter](#) éducationCH 3/2015 informiert. Er wird am 11. November 2015 erscheinen.

<http://www.edk.ch/dyn/28378.php>

Tagblatt, 31. Oktober 2015

LESERBRIEF

Schlicht falsche Fakten

«Mit Diktat lernt man schreiben» Ausgabe vom 24. Oktober 2015

<http://www.toggenburgertagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/toggenburg/tt-re/Mit-Diktat-lernt-man-schreiben;art340,4400846>

Im obenerwähnten Bericht werden falsche Aussagen zur Bildung und zum Lehrplan 21 gemacht und Fakten völlig aus dem Zusammenhang gerissen. Ich verurteile diese Art von Propaganda. Wir haben in der Schweiz eine hervorragende Bildungsqualität und eine homogene Bildungslandschaft. Die Schülerinnen und Schüler des Kantons St. Gallen schneiden im schweizweiten Vergleich in vielen Bereichen sogar überdurchschnittlich ab.

Die Methodenfreiheit für die Lehrpersonen ist auch mit dem Lehrplan 21 absolut gegeben. Viele Schulen sind bereits jetzt aus Überzeugung auf dem Weg zu einem kompetenzorientierten Unterricht, also genau zu dem Unterricht, den der neue Lehrplan vorsieht. Er leitet unsere Schülerinnen und Schüler zu eigenverantwortlichem Denken und Handeln an. Und genau das ist in unserer Gesellschaft gefragt. Ein Rückfall in alte Zeiten, wie es die Gegner fordern, wäre für die ganze Schweiz ein schmerzvoller Fehler. Gerade jetzt ist ein starker Zusammenhalt der Schweiz nötiger denn je, HarmoS trägt dazu bei. Ein Ausstieg ist keine Alternative.

Übrigens: Der Lehrplan 21 wird seit einigen Monaten als Lehrplan Volksschule bezeichnet. Das haben die Gegner anscheinend noch nicht bemerkt.

Werner Raschle, Präsident Schule Oberes Neckertal

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/toggenburg/tt-ag/Schlicht-falsche-Fakten;art232,4409762>

Dazu zwei Repliken:

Tagblatt, 3. November 2015

Lehrplan stoppen – aus HarmoS austreten

Antwort auf den Leserbrief von Herrn Raschle vom 31. Oktober

Die Mitglieder der «Starken Volksschule St. Gallen» setzen sich für eine gute Schule ein. Wir sind aber gegen den Lehrplan 21 oder eben gegen den neuen Lehrplan Volksschule, weil wir feststellen, dass die «hervorragende Bildungsqualität und die homogene Bildungslandschaft», wie dies Herr Raschle erwähnt, mit dem neuen Lehrplan nicht mehr gegeben sind.

Die folgenden zum Teil schon eingeführten Änderungen, die der neue Lehrplan mit sich bringt, tragen zu einem massiven Bildungsabbau an unseren Schulen bei. Es sind dies: Einführung der Basisstufe mit der Abschaffung des bewährten Kindergartens, das altersdurchmischte Lernen (ADL), die Lernzielbefreiung und die Einführung von Niveaugruppen. Diese Änderungen an unseren Schulen führen nicht dazu, dass unsere Kinder zu eigenverantwortlichem Denken und Handeln befähigt werden. Im Gegenteil, was und wie viel ein Schüler in der Volksschule bis zu seinem 16. Altersjahr lernt, wird letztlich dem Niveau des Schülers angepasst. Traut er sich ein

Fach nicht zu und bekommt er von den Eltern keine Unterstützung, sieht es nach elf Jahren Volksschule schlecht für ihn aus.

Es wird nicht mehr klar definiert, was ein Viertklässler am Schluss der vierten Klasse können muss, er darf auch die Klasse in der Regel nicht wiederholen. Ohne altersgerechte, verbindliche Jahresziele gerät der Schüler von Jahr zu Jahr immer mehr ins Hintertreffen. Die Chancengleichheit in der Bildung ist so nicht mehr gewährleistet. Der neue Lehrplan schafft eine Schule, in der jedes Kind an seinen persönlichen Kompetenzen arbeitet. Der gut geführte Klassenunterricht, in dem die Schüler unter Anleitung des Lehrers in der Klassengemeinschaft miteinander den Schulstoff erarbeiten, ist daher kaum noch realisierbar. Die oben erwähnten Änderungen führen zu einem individualisierenden Unterricht. Klassenassistenten, Heilpädagogen, Logopäden und sonstige Helfer wie Leute, die den Zivilschutz absolvieren müssen, werden den guten Lehrer, der bis anhin die Verantwortung für seine Klasse übernommen hat und die Klassengemeinschaft fördert, Schritt für Schritt ersetzen. Die Schulhäuser müssen für teures Geld in sogenannte Lernlandschaften umfunktioniert werden. Die Schüler arbeiten dann einzeln an Computern und Tablets. Deshalb ist es wichtig, die Einführung des Lehrplans zu stoppen und aus dem HarmoS auszutreten. Herrn Raschle möchten wir empfehlen, sich genauer mit dem neuen Lehrplan auseinanderzusetzen und vor allem den Eltern wirklich zuzuhören um zu verstehen, was sie beschäftigt. Es sind die Eltern mit ihren schulpflichtigen Kindern, die diese Reformen hautnah zu spüren bekommen.

Hanswalter Guidon,
Präsident Starke Volksschule

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/toggenburg/tt-ag/Gratulation-an-Petra-Federer;art232,4412755>

Tagblatt, 3. November 2015

Kein Vorteil für unsere Kinder

Herr Raschle, Schulpräsident der Oberen Schule St. Gallen, hat nicht recht: Die guten Schulleistungen, die die Schüler an einigen Schulen heute noch erbringen, sind auf die Vergangenheit zurückzuführen, als die Schweizer Schulen noch eine hohe Qualität hatten, weil traditionell, das heisst in der Klassengemeinschaft, unterrichtet wurde.

Seit der finnischen Studie zum Pisa-Erfolg Finnlands «Lessons from Finland» weiss man, dass Schulreformen an die zehn Jahre brauchen, um sich auf Schülerleistungen auszuwirken, denn Lehrer tendieren dazu, ihre erprobten Methoden so lange es geht weiterzuführen, im Fall des LP 21, zum Glück.

Seit der Hattie-Studie ist es einmal mehr erwiesen, dass der vom Lehrer geführte Ganzklassenunterricht mit gemeinsamem Erarbeiten eines neuen Stoffes und fleissigem vom Lehrer kontrollierten Üben die besten Schülerleistungen erbringt. Individualisiertes Lernen und altersdurchmisches Lernen bringen nach dieser Studie, der umfassendsten, die es je gab, gar nichts! Der Lehrer muss aktiv und in Beziehung zu seinen Schülern sein, bis sie das Gelernte selbständig anwenden können. Selbständigkeit ist erst das Ziel, nicht der Weg zum Lernerfolg! Absichtlich wird von den Reformern irreführend immer vom «veralteten Frontalunterricht» gesprochen, zu dem man nicht zurückkehren dürfe («Rückfall in alte Zeiten»).

Diese Art von Lehrervortrag vom Pult aus gibt es schon sehr lange nicht mehr und ist auch von Hattie ausdrücklich nicht gemeint. Lehrer lassen ihre Schüler schon seit Jahrzehnten einzeln, zu zweit oder in Gruppen üben und Erarbeitetes der Klassengemeinschaft vortragen.

Aber immer muss der Lehrer wissen, wo jeder Schüler steht, muss eingreifen, helfen, stützen und vor allem die Schüler aufeinander beziehen. So entsteht eine lebendige Klassengemeinschaft, bei der alle voneinander lernen, nicht durch individualisiertes Einzelkämpfertum, bei dem die Schüler im Stich gelassen sind. «Methodenfreiheit» gibt es an vielen Schulen nicht mehr, wie Herr Raschle meint. Bisher hervorragend beurteilte Lehrer, die sich weigerten, die nachweislich schädlichen Reformmethoden zu übernehmen, wurden gerügt bis gemobbt.

Auch dazu gab es Informationen am Vortrag in Bütschwil. Warum dieses verbissene Eiferertum für etwas, was nachweislich nichts bringt für unsere Kinder? Was ist die Agenda dahinter? Ist es möglich, dass das sogenannte individualisierte Kompetenzenlernen nur ein «Vorspiel» zur zukünftigen «Schule» ist, in der die Kinder jeder für sich vor dem PC sitzend zerstückelte Stoffhäppchen abarbeiten, um anschliessend – natürlich auch per Computer – getestet zu werden? Das wäre zwar ein Bombengeschäft für gewisse Konzerne, aber kein Vorteil für unsere Kinder.

Nicht umsonst wurden in 13 Kantonen vor allem von Eltern und Lehrern Volksinitiativen gegen den LP 21 lanciert, um dem Volk die Entscheidungsbefugnis darüber, wie in unseren Schulen gelernt werden soll, zurückzugeben. All das wurde im Vortrag in Bütschwil, untermauert von sehr guten Beispielen, dargestellt.

Renate Caesar, pensionierte Gymnasiallehrerin und Diplompädagogin

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/toggenburg/tt-ag/Gratulation-an-Petra-Federer;art232,4412755>

Südostschweiz, 03.11.2015

Die schleichende Ökonomisierung unserer Volksschule

Ein neoliberales internationales Wirtschaftsdiktat höhlt die demokratische Verankerung unserer Schule aus.

Anfangs November 2015 findet in Frankfurt eine von der Gesellschaft für Bildung und Wissen ausgeschrieben Tagung mit dem Titel «Zehn Jahre Frankfurter Einsprüche gegen die Ökonomisierung des Bildungswesens» statt, unter anderem auch mit Referenten aus der Schweiz. Ziel der Gesellschaft ist eine Neubesinnung von Schulen und Universitäten im Zeichen von Bildung und Wissen. Die Gesellschaft plädiert für eine kritische Aufarbeitung der politischen und ökonomischen Übergriffe auf das Bildungswesen.

Auch hierzulande beunruhigt zunehmend die Tatsache, dass im Bildungswesen seit vielen Jahren die Tendenz zur Ökonomisierung unvermindert und praktisch unwidersprochen anhält. Bereits 2011 beklagte Bruno Nüsperli (Forum Schweiz) in einem Brief an die Bildungsdirektoren der Kantone einen massiven Übergriff internationaler Organisationen wie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) auf das schweizerische Bildungswesen.

Im Hochschulbereich begann es mit dem Bologna-Prozess, durch den die internationale Harmonisierung von Strukturen und Zielsetzungen gefördert wurde. Durch PISA wurde die ökonomische Begründung der Bildung in der Volksschule eingeführt. (Mehr dazu [im offenen Brief](#) an Andreas Schleicher, OECD, Paris)

Im Kanton Zürich war es Bildungsdirektor Ernst Buschor, der mit seiner Doktrin des New Public Management jegliche demokratische Mitsprache ausklammern wollte. Später wurde er als Vorsitzender ins Kuratorium der deutschen Bertelsmann-Stiftung berufen, die als einflussreicher Think Tank für die «Schule der Zukunft» die neuen Führungs- und Sozialtechniken auch für die Organisation der Schule einführen will. In Weiterbildungen für Lehrpersonen hörte man in der Folge viel von «Selbstmanagement» und von «Qualitätssicherung».

Das Projekt Harnos, das im Kanton Graubünden zwar abgelehnt wurde, folgte diesem internationalen Trend, den Stellenwert des Messbaren zu überhöhen. Bildung wurde zunehmend unter dem Aspekt der Nützlichkeit und der Verwertbarkeit betrachtet. «Qualität von Bildung» wurde das beschönigend genannt. Und die Maschinerie läuft seit PISA auf Hochtouren. Eine Flut von Tests begleitet den Schulalltag der Kinder und verbreitet Druck statt Lernfreude. Nur noch Punkte zählen in diesem allgemeinen Wettbewerb.

Im linken Think Tank «Denknetz» kritisiert die für den Bildungsbereich zuständige Linda Stibler, dass auch in der Schweiz zunehmend neoliberale Konzepte die Bildungspolitik bestimmen. Die Folge ist, dass Bildung vor allem darauf ausgerichtet ist, die wirtschaftliche Verwertbarkeit des Menschen als sogenanntes Humankapital ins Zentrum zu stellen.

Diese Art von Bildung fördert bei den Schülern und Schülerinnen eine Mentalität des «Abhakens», vertieftes Üben verliert an Wichtigkeit. Bildung darf nicht dazu verkommen, dass schon Kinder in der Schule nur noch das Nötigste erledigen, dass es um Punkte oder um Kreuze im richtigen Kästli geht statt um interessante Inhalte. Als Folge davon beklagen schon heute viele kleine und mittlere Betriebe das ungenügende Grund- und Fachwissen der Schulabgänger.

Auch der Lehrplan 21 muss in diesen Zusammenhang gestellt werden. Mit seiner Orientierung an Kompetenzen wird die verlässliche Messung der Lernergebnisse ins Zentrum der Bildung gerückt, die dann in den PISA-Tests der Wirtschaftsorganisation OECD abgefragt werden können.

Es ist daher sehr zu begrüßen, dass nun nach vielen anderen Kantonen auch im Kanton Graubünden mit der Initiative «Gute Schule Graubünden – Mitbestimmung des Volkes bei Lehrplä-

nen» die demokratische Legitimation von grundlegenden Änderungen im Bereich der Volksschule, wie sie der Lehrplan 21 darstellt wieder eingefordert wird. Kritiker sind weder Ewiggestrige noch Besitzstandwahrer, sondern setzen sich sehr zu Recht zur Wehr gegen den Schaden, den die Ökonomisierung mit sich bringt: Niveausenkung und Verzicht auf Fachlichkeit. Weder die im Lehrplan 21 favorisierte Output-Orientierung, noch die hochgelobten Kompetenzen werden dazu beitragen, dass jedes Kind in der Schule sein volles Potenzial als Person und Bürger in der Gesellschaft entwickeln kann.

Eine weitere Folge dieses Irrweges ist beispielsweise auch die im Lehrplan 21 vorgesehene, kurzsichtige Abschaffung der Geschichte als eigenständiges Fach. Der Unterricht in Sammelfächern wie «Natur, Mensch, Gesellschaft» verzichtet weitgehend auf Fachlichkeit, erschwert den Zugriff auf viele traditionell verankerte Bildungsinhalte und birgt die Gefahr einer unverbindlichen Beliebigkeit. In einer Demokratie müssen die zukünftigen Bürgerinnen und Bürger einen Sinn für gemeinschaftliches Denken und Handeln entwickeln. Dies gehört unverzichtbar zur Allgemeinbildung. Ranglisten und Rankings sagen dazu wenig bis nichts aus.

Elisabeth Calcagnini ist Heilpädagogin und Mitglied im Initiativkomitee «Gute Schule Graubünden – Mitsprache des Volkes bei Lehrplänen!».

<http://www.suedostschweiz.ch/blog/die-schule-von-morgen/2015-11-03/die-schleichende-okonomisierung-unserer-volksschule>

Mehr zu dem Thema:

Schule Schweiz, 1. November 2015

Individualisiertes Lernen und Konstruktivismus – das Duo infernale des Desasters

Hilflos gegenüber dem Machtapparat

hlz- Zeitschrift der GEW Hamburg, 1-2/2012, von Rainer von Kügelgen

http://schuleschweiz.blogspot.ch/2015/11/individualisiertes-lernen-und.html?utm_source=feedburner&utm_medium=email&utm_campaign=Feed:+SchuleSchweiz+%28Schule+Schweiz%29

Solothurner Zeitung, 6. November 2015

Streitpunkt: Der Lehrplan 21

Olten

Lehrplan 21 – richtig entscheiden?

Podium mit Bildungs-, Wirtschafts- und Politvertretern

Bruno Kissling

Kompetenz – das (Un-)Wort am bildungspolitischen Podiumsgespräch des Verbands der Dozierenden der PH FHNW. Oder zumindest das umstrittenste Wort des Abends. Ganz harmlos gab Georg Geiger, Gymnasiallehrer mit Lehrerfahrung im Volksschulbereich, vor der Diskussion im Bahnhofbuffet Olten ein Inputreferat und erzählte gleich an erlebten Beispielen, welchen Herausforderungen sich Lehrer im Berufsalltag stellen müssen. Von desinteressierten Schülern beim liebevoll organisierten Ausflug bis zum fehlenden Verständnis vom Schulleiter für zu grosse Sonderklassen. Leichtes Kopfnicken der rund 30 anwesenden Publikumsgäste. Nichts Neues für sie.

«Pädagogischer Rollator»

Das Inputreferat wurde hitziger. Entdemokratisierung, Standardisierung, Ökonomisierung – Geiger ging mit dem aktuellen Schulsystem hart ins Gericht. Dabei kritisierte er vor allem den Begriff «Kompetenz», Schlüsselwort im Lehrplan 21. In der Schule sei neuerdings nicht mehr Substanz gefragt, sondern lediglich Kompetenz. «Lesekompetenz, Sprechkompetenz, Lebenskompetenz und bald wohl noch Sterbekompetenz», sagt er. Das Ziel sei offenbar, die Individuen nur anpassungsfähig zu machen. «Zu abstrakt» bezeichnet er den neuen Lehrplan, «ein pädagogischer Rollator». Als Folge der Tausenden Anforderungen des Lehrplans würden Lehrer an ihre Grenzen stossen. Von der Politik scheint er sich nicht ernstgenommen zu fühlen. Die schwierige Anwendung würde verharmlost werden. «Es heisst, unsere Sorgen seien unnötig, weil Lehrpläne sowieso nicht gross beachtet würden.»

Aus der Wirtschaftsperspektive verteidigte Stefan Vannoni, stellvertretender Leiter allgemeine Wirtschaftspolitik und Bildung bei Economiesuisse, den neuen Lehrplan. Dieser bringe Vorteile mit sich, sei Orientierungshilfe und faktenbasiert – weniger ideologisch. Die Schüler können lernen, selbstbestimmt zu leben und Dinge kritisch zu hinterfragen. Anton Hügli, philosophisches Seminar Uni Basel und ehemaliger Direktor des pädagogischen Instituts Basel, kritisiert die neue Idee, den Output zu kontrollieren, und bezieht sich auf die Checks und Tests, die national und kantonale durchgeführt werden. «So kommen die Lehrkräfte unter Druck.»

«Was hätten Sie heute anders gemacht?», fragt Alfred Schlienger, Moderator sowie Co-Präsident des VDNW, Jürg Brühlmann. Der Leiter der pädagogischen Arbeitsstelle LCH war beim Entwerfen des neuen Lehrplans dabei. «Wir hätten die Diskussion öffentlich geführt und nicht abgeklemmt», räumt er ein. Inwiefern der Lehrplan etwas mit Politik zu tun hat, erklärte Hans Zbinden, ehemaliger SP-Nationalrat AG und Verfasser der Bildungsrahmenartikel in der Bundesverfassung: «Jeder Lehrplan ist politisch. Die Frage ist nur, ob man es implizit oder explizit zugibt.» Er stelle fest, dass der Lehrplan 21 die Grundidee der Bildungsverfassung nicht erfasst habe. Dieser müsste den Kantonen lediglich einen Rahmen liefern, das heisst zugeschnittene Lösungen ermöglichen. Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) habe

aber leider den Top-Down-Ansatz gewählt. Sprich Werte vorgeben und erst am Schluss die Details ausformuliert. «Ich hätte eher zusammen mit Lehrern nach dem Down-Up-Ansatz einen Plan entwickelt.»

Nicht zu lang

Übertrieben findet Vera Husfeldt, Leiterin der Abteilung Qualitätsentwicklung der EDK, die Aussage, dass der Lehrplan zu lang und zu kompliziert sei. «Warum muss der Lehrplan für die Eltern verständlich sein? Er ist ja für die Lehrer gedacht.» Die aktuellen Bedenken und Reklamationen sind laut Tina Hascher, Schul- und Unterrichtsforschung Uni Bern, quasi normal. «Bisher hat jede Lehrplan-Reform Widerstände ausgelöst.» Der Kompetenzbegriff sei leider negativ konnotiert. Er bedeute aber keinen Verlust von Fachlichkeit und Wissen: «Ohne solides Wissen kann man Kompetenz gar nicht entwickeln.»

«Handelt es sich hier nur um ein Definitionsproblem?», fragte Moderator Alfred Schlienger. Der umstrittene Begriff stammt aus dem Berufsfeld. Dort würden sich die Lernenden freiwillig entscheiden, sich die entsprechenden Kompetenzen anzueignen, sagte Brühlmann vom LCH. In einer öffentlichen, obligatorischen Schule dürfen die Schüler aber nicht wählen, ob sie die festgelegten Kompetenzen lernen möchten. Deshalb dürfe der Staat zum Beispiel bei sozialen Kompetenzen nicht zu viel vorgeben. Wir seien hier nicht in China. Aber fast, meinte er, sei die erste Version mit zu strengen Vorgaben gedruckt worden. «Ganz kurz davor habe ich noch einige Sätze geändert; abgeschwächt.»

Auf den Laptop fokussiert

Eine mögliche Tendenz im Bildungssystem widerspiegelt sich in der Lehrerausbildung selbst. Der Studierende Kaspar Lüthi: «An Vorlesungen zum Beispiel sind die Studierenden meistens auf den Laptop konzentriert.» Der Blick auf die Inhalte gehe aber durch den Leistungsdruck verloren. «Wenn wir uns daran gewöhnen, durch das System durchzurutschen, ohne auf die Inhalte zu fokussieren, werden wir schliesslich auch als Lehrpersonen so handeln.»

Ein anderes Risiko erklärt Brühlmann: Das System sei durch den Lehrplan 21 mit Modulen aufgebaut. Dies ermögliche Bildungsunternehmen, ins System einzudringen. «Darüber darf man laut der EDK aber ja gar nicht sprechen.» Aus dem Publikum meldete sich die FHNW-Dozentin Elke Hildebrandt und warnte vor einer Ökonomisierung: «Es herrscht ein Nutz-Denken. Alles muss effizient sein, wie in der Wirtschaft.» Um die Schüler zu mündigen Bürger zu machen – das sei auch das Ziel des neuen Lehrplans – müsste die Wertefrage mitberücksichtigt werden. Hans Zbinden: Heute lehrt das System, wie man sich als junger Mensch verkaufen könne. Aber nicht, wie man im Gemeinwesen Verantwortung übernimmt. «So verlieren wir ein zentrales Stück unserer Identität.»

Der Bund, 6. November 2015

Replik

Erziehungsdirektor Bernhard Pulver geht mit den Lehrplan-Kritikern unzimperlich um.

Hier das Interview mit Bernhard Pulver

<http://www.derbund.ch/bern/kanton/es-gibt-lehrer-die-vom-neuen-aus-prinzip-nichts-wissen-wollen/story/14964049>

Angriffe statt Argumente

Wenn einem die Argumente fehlen, dann greift man zum Zweihänder und attackiert den Gegner auf der persönlichen Ebene. Dieser Devise scheint sich auch der Berner Erziehungsdirektor Bernhard Pulver angeschlossen zu haben. Im Samstaginterview im «Bund» vom 31. Oktober fällt er nicht durch sachliche Stellungnahmen auf, sondern durch persönliche Angriffe. Alain Pichard kann man nicht ernst nehmen, weil er «von Anfang an gegen das Frühfranzösisch» war, was Konrad Paul Liessmann über Kompetenzen sagt, «stimmt nicht», weil er die Situation in der Schweiz nicht kennt, Walter Herzog «arbeitet mit Unterstellungen», und was die Lehrerinnen und Lehrer anbelangt, so gibt es viele, «die von Neuem aus Prinzip nichts wissen wollen».

Vielleicht geht Pulver deshalb so unzimperlich mit seinen Gegnern um, weil er mit seinen Argumenten kaum zu überzeugen vermag. Schon mehrfach hat er den Kritikern des Lehrplans 21 die Behauptung untergeschoben, bei Kompetenzen spiele das Wissen keine Rolle. Mit Leichtigkeit lässt sich dann sagen, wie er es auch im «Bund»-Interview tut, dies sei «Unsinn». In der Tat wäre dies Unsinn, nur hat kein ernsthafter Kritiker des Lehrplans 21 dergleichen je gesagt. Eine einfache Definition lautet, dass wir es mit einer Kompetenz dann zu tun haben, wenn ein Wissen, das man erworben hat, mit einem Können verbunden wird. Insofern bildet das Wissen ein definierendes Element des Kompetenzbegriffs, und man kann schlicht nicht sagen, das Wissen spiele keine Rolle. Die Kritik lautet vielmehr, dass das Wissen, das man benötigt, um eine Kompetenz aufzubauen, gegenüber dem Können beliebig ist. Lesekompetenz kann man zum Beispiel erwerben, indem man einen Roman von Max Frisch, die Packungsbeilage eines Arzneimittels oder die neueste Ausgabe einer Boulevardzeitung liest.

Beleidigend für die Lehrer

Geradezu hilflos wirkt Pulvers Verteidigung des Lehrplans 21, wenn er als neu ausgibt, «dass die Lehrer nicht mehr einfach nur den Stoff durchnehmen und abfragen sollen». Keine Lehrperson, die ihren Beruf ernst nimmt, unterrichtet in dieser Weise. Der Satz ist schlicht beleidigend für die vielen Lehrerinnen und Lehrer in diesem Kanton, die ihren Beruf professionell ausüben. Er geht zudem völlig am Punkt vorbei, denn wie Pulver kurz zuvor selber sagt, bringt der Lehrplan 21 «nicht per se eine neue Didaktik mit sich». Damit die Schülerinnen und Schüler lernen, wie man Wissen nicht nur erwirbt, sondern auch anwendet, braucht es keinen neuen Lehrplan, schon gar nicht den Lehrplan 21.

Wenn der Erziehungsdirektor im selben Interview auch noch beteuert, auch er sei gegen Outputorientierung und Standardisierung, muss er sich fragen lassen, weshalb er sich denn seinerzeit so vehement für Harnos eingesetzt hat. Gerade in diesem Reformpaket sind genau diese neuen Steuerungselemente angelegt. Harnos und Lehrplan 21 haben sich längst vom ursprünglichen Ziel einer Harmonisierung unseres Schulsystems verabschiedet. Es geht um Steuerung und Gleichschaltung.

Letztlich ist ein Lehrplan weder ein pädagogisches noch ein didaktisches, sondern ein politisches Instrument, dem in einer demokratischen Gesellschaft eine sehr präzise Funktion zukommt. Ein Lehrplan stellt die Verbindung her zwischen Schule und Gesellschaft, insofern die Bürgerinnen und Bürger mit dem Lehrplan den Auftrag festlegen, den sie der Schule erteilen wollen – einer Schule wohlgemerkt, die in der Schweiz noch immer eine öffentliche Institution bildet.

Deshalb kann es auch allein die Öffentlichkeit sein, die über die Einführung eines (neuen) Lehrplans entscheidet. Dass das Berner Volksschulgesetz etwas anderes vorsieht, ist stossend genug und sollte so bald wie möglich korrigiert werden. Auch in diesem Punkt wirken die Äusserungen Pulvers reichlich unbeholfen, denn weder eine Vernehmlassung noch eine Diskussion im Grossen Rat erfüllt das Kriterium der öffentlichen Entscheidungsfindung. Dem Volk abzusprechen, in Lehrplanfragen mitreden und entscheiden zu können, zeugt nicht nur von einer fatalen Fehleinschätzung der Funktion eines Lehrplans, sondern auch von einer Missachtung der politischen Kultur in diesem Land.

Der emeritierte Professor Walter Herzog war Direktor der Abteilung Pädagogische Psychologie am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Bern. Alain Pichard ist Reallehrer in Orpund und sitzt für die GLP im Bieler Stadtrat.

Tagblatt, 7. November 2015

Kompetenzen erweitern



Michael Gohl übt mit den Lehrpersonen abwechslungsreiche Methoden für den musikalischen Unterricht ein, denn auch musikalische Kompetenzen sollen erweitert werden. (Bild: Silvia Bollhalder)

Rund 80 Lehrpersonen der Schulen in Bütschwil, Dietfurt, Ganterschwil und Lütisburg folgten am Montag der Einladung zu einer internen Weiterbildung. Schwerpunkt war eine erste Auseinandersetzung mit dem Lehrplan 21.

SILVIA BOLLHALDER

BÜTSCHWIL. In der Turnhalle in Bütschwil versammelt, widmeten sich Schulleitung und Lehrerschaft dem momentan kontrovers diskutierten Lehrplan 21 respektive der kantonal angepassten Version, dem Lehrplan Volksschule. In ihrem Referat näherte sich Eva Graf vom Amt für Volksschule in einer ersten Informationsrunde dem Thema an. Den Schwerpunkt legte sie auf Einführung und Umsetzung des neuen Lehrplans, welcher mit Schuljahresbeginn 2017/2018 in allen St. Galler Schulen in Vollzug tritt. Der neue Lehrplan darf nicht mit dem HarmoS-Konkordat – das eine Harmonisierung der kantonalen Lehrpläne fordert – verwechselt werden. Der Austritt aus dem HarmoS-Konkordat, welcher per Initiative im Kanton St. Gallen verlangt wird, bedeutet keinesfalls eine sofortige Abwendung vom Lehrplan 21. Mit dem Lehrplan setzen die 21 deutsch- und mehrsprachigen Kantone den Artikel 62 der Bundesverfassung um, die Ziele der Schule zu harmonisieren. Ausserdem ist der Lehrplan Volksschule im Juni dieses Jahres durch den Erziehungsrat erlassen und von der Regierung genehmigt worden. Es könnte höchstens die Fremdsprachenregelung angegriffen werden.

Auf den Wandel reagieren

Eva Graf zeigt in ihrem Vortrag auf, dass die Hoheit der Kantone bestehen bleibt. Der Lehrplan greift nicht in die verschiedenen Schulstrukturen ein, und die Methodenfreiheit der Lehrperson ist gewährleistet. Der neue Lehrplan orientiert sich stark an bestehenden Lehrplänen. Es werden lediglich einige Inhalte neu definiert. Genauso wie die Schule mitunter Werte setze, müsse sie auch auf den Wandel der Gesellschaft reagieren, erklärt Eva Graf. Setzte man anno 1982 noch auf stofforientiertes Lehren, legte man im Lehrplan 97 den Schwerpunkt auf lernzielorientierten Unterricht. Nun geht man einen Schritt weiter, die Schüler sollen ihr Wissen wiedergeben, ver-

stehen und flexibel anwenden können– sich Kompetenzen aneignen. Dem Lehrplan 21 wird angekreidet, dass nicht mehr Wissen vermittelt werde. Eva Graf entgegnet diesem Vorwurf, dass Kompetenz ohne solides fachliches und überfachliches Wissen undenkbar wäre. Die Beurteilung des erlangten Wissens wird für die Lehrpersonen allenfalls etwas komplexer, und in den Fächern werden beispielsweise die Themen Natur, Mensch, Gesellschaft stärker gewichtet. Bei den Fremdsprachen, in Mathematik und im Deutschunterricht gibt es geringe Unterschiede. Letzterer erfährt vor allem durch die Einführung der Basisschrift eine Veränderung. Dem Zeitalter entsprechend wird das Fach Medien und Informatik (MI) angepasst, ebenso modernisiert man den Schulunterricht mit dem Fach Wirtschaft, Arbeit und Haushalt (WAH) sowie die berufliche Orientierung (BO). Die gesamte Unterrichtszeit über die elf Schuljahre bleibt unverändert, die musikalische Grundschule wie auch der Einbezug der Landeskirche bleiben erhalten. Verändert hat sich die Darstellung des Lehrplans. Die verschiedenen, teils fächerübergreifenden Kompetenzen werden systematisch während dreier Zyklen – Kindergarten bis zweite Klasse, dritte Klasse bis sechste Klasse und Oberstufe – schrittweise erarbeitet.

Grundansprüche erfüllen

Im Lehrplan haben die Unterrichtenden der verschiedenen Stufen Übersicht darüber, bis zu welchem Zeitpunkt gewisse Grundansprüche erfüllt sein sollten, welche weiterführenden Fertigkeiten angeeignet werden können und welche Elemente nochmals aufgegriffen und vertieft werden müssen. Die Darstellung des neuen Lehrplans, welcher online abrufbar ist, ist selbsterklärend. Es lohnt sich für Eltern, einen Blick in den Lehrplan zu werfen und sich von Vor- oder Nachteilen selbst zu überzeugen. Die Pädagogen werden in Weiterbildungskursen intensiv auf die bevorstehenden Veränderungen vorbereitet. Für die Eltern der einzelnen Schuleinheiten wird vor der Einführung der Neuerungen ein Informationsabend angeboten.

Aufwertung der Musik

Nach dem kopflastigen Weiterbildungsteil bildete der musische Teil einen auflockernden Abschluss. Musikunterricht ist nach wie vor ein wichtiges Fach und erfuhr mit der Einführung der musikalischen Grundschule eine Aufwertung. Michael Gohl, Fachdidaktiker an der Pädagogischen Hochschule Zürich sowie Initiant zahlreicher musikalischer Projekte, verstand es dank seiner motivierenden Art ausgezeichnet, die Lehrpersonen gesanglich und rhythmisch herauszufordern. Viele seiner Vorschläge und Ideen lassen sich im Unterricht anwenden und werden auch bei den Schülern grossen Anklang finden. Gemäss Gohl muss auch in diesem Fach etwas gefordert werden – es braucht aber von Seiten der Lehrpersonen manchmal etwas Mut.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/toggenburg/tt-re/Kompetenzen-erweitern;art340,4418171>

Mehr zur Lehrerbildung:

Zeit-Fragen, 27. Oktober 2015

Lehrerbildung nach dem Schnittmuster des Lehrplans 21 Hauptsache, die Mainstream-Gesinnung stimmt

<http://www.zeit-fragen.ch/index.php?id=2280>